

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung** der Stadt Burgdorf am **30.04.2024** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-SIPG/011

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:25 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:20 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:35 Uhr

ANWESENHEIT:

Vorsitzende

Birgin, Gurbet

stellv. Vorsitzende

Paul, Susanne

Mitglied/Mitglieder

Baumgarten, Claudia
Meinig, Birgit ab TOP 2
Steinbeck-Behrens, Cord,
Dr.
Vehling, Karl-Heinz, Dr.

Beratende/s Mitglied/er

Frank, Dieter
Gebbe, Barbara
Wieker, Ursula ab TOP 3.1

stellv. Mitglied/Mitglieder

Hinz, Gerald Vertretung für Frau Gabriele Voß
Thieleking, Ariane Vertretung für Herrn Joachim Höfner

stellv. Beratende/s Mitglied/er

von Oettingen, Gero Vertretung für Frau Annegret Oelschlägel-Rumpf

Verwaltung

Borrmann, Thomas
Kegel, Jan
Kugel, Michael
Pape, Petra
Pollehn, Armin

Gäste:

Marquardt, Isabel AWO Frauenberatungsstelle
Neumann, Javelle AWO Frauenberatungsstelle

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung am 06.02.2024
 3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Offene Gesprächsrunde zum Thema Barrierefreies Burgdorf am 04.09.2023 - Protokoll
Vorlage: M 2024 0771
 - 3.2. Ausführung des Aufnahmegesetzes;
hier: neue Verteilquote und Verteilung von Ausländerinnen und Ausländern auf die Kommunen ab dem 01.04.2024
Vorlage: M 2024 0784
 4. Antrag der Gruppe WGS FreieBurgdorfer „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“ vom 16.05.2023
Vorlage: A 2023 0391/2
 5. Bericht aus der AWO Frauenberatungsstelle
 6. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen und Gemeinkosten für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV 2023 0667
 - 6.1. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen und Gemeinkosten für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV 2023 0667/1
 - 6.2. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen und Gemeinkosten für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV 2023 0667/2
 7. Anfragen lt. Geschäftsordnung
 8. Anregungen an die Verwaltung
- Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Vorsitzende, **Frau Birgin**, eröffnete die Sitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner teilte **Frau Birgin** mit, dass Herr Höfner, Herr Bielefeld, Frau Oelschlägel-Rumpf, Frau Müller sowie Frau Fronia entschuldigt fehlen.

Herr Kugel teilte mit, dass das Protokoll vom 06.02.2024 aus technischen Gründen nicht im Ratsinformationssystem abrufbar gewesen sei. Daher unterbreitete er den Vorschlag, die Genehmigung des Protokolls zu vertagen.

Des Weiteren sei vorgesehen gewesen, im Rahmen des TOP 4 „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“ Vertreter/-innen der Polizei einzuladen. Aufgrund von Kommunikationsproblemen sei dies leider nicht gelungen. Er schlug vor, den TOP daher ebenfalls zu vertagen.

Frau Birgin ließ sodann über die Vorschläge von Herrn Kugel abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmte diesen Vorschlägen einstimmig zu.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung am 06.02.2024

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Frau Birgin brachte die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung auf den aktuellen Stand bezüglich der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes für die Stadt Burgdorf. Am 09.03.2024 habe der erste Workshop für das Handlungsfeld „Demokratie und Sicherheit“ stattgefunden. Das Protokoll sei bereits versendet worden. Im Folgenden werde nun die Steuerungsgruppe am 02.05.24 diesen Workshop kritisch betrachten und die weiteren Planungen der folgenden Handlungsfelder abstimmen.

b) Herr Kugel teilte mit, dass vor dem Hintergrund der Anzahl der ab April von Burgdorf aufzunehmenden Personen (116 Personen, gilt ab 01.04.2024) und der ab 01.10.2024 zu erwartenden weiteren Zuweisungen es nicht auszuschließen sei, dass zum Ende des Jahres die Mehrzweckhalle in Schillerslage für die Unterbringung von Menschen in Anspruch genommen werden müsse. Es werde hierbei von maximal 40 Menschen ausgegangen. Die Entscheidung, ob die Halle tatsächlich als Unterkunft genutzt werden müsse, werde voraussichtlich im Juni getroffen.

c) Herr Kugel ergänzte, dass der hintere Gebäudetrakt auf dem städtischen Grundstück Drei Eichen schon seit geraumer Zeit zur Unter-

bringung von Menschen nicht mehr nutzbar sei. Die Vorbereitungen zum Abriss des nicht sanierungsfähigen Gebäudes laufen. Im Rahmen einer Bauvoranfrage werde zeitnah geklärt, in welchem Umfang eine Bebauung mit einem Mehrparteienwohnhaus möglich sei.

Frau Paul erfragte eine mögliche zeitliche Begrenzung der Baugenehmigung der Flüchtlingsgemeinschaftsunterkunft „FTZ Vor dem Celler Tor“.

Herr Kugel sagte eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Antwort über das Protokoll:

Die Beantwortung der gestellten Frage erfolgt im Rahmen einer Mitteilungsvorlage im Vorfeld der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung am 04.12.2024.

Herr Dr. Vehling erfragte, ob die durch die Schließung der „Rudolf Bembeneck Gesamtschule“ freiwerdende Turnhalle nicht auch als Unterbringung für aufzunehmende Flüchtlinge in Betracht komme.

Herr Pollehn erläuterte, dass geplant sei, die Sporthalle weiterhin für den Vereinssport zur Verfügung zu stellen.

**3.1. Offene Gesprächsrunde zum Thema Barrierefreies Burgdorf am 04.09.2023 - Protokoll
Vorlage: M 2024 0771**

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**3.2. Ausführung des Aufnahmegesetzes;
hier: neue Verteilquote und Verteilung von Ausländerinnen und Ausländern auf die Kommunen ab dem 01.04.2024
Vorlage: M 2024 0784**

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**4. Antrag der Gruppe WGS FreieBurgdorfer „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“ vom 16.05.2023
Vorlage: A 2023 0391/2**

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

5. Bericht aus der AWO Frauenberatungsstelle

Frau Birgin begrüßte Frau Marquardt (AWO-Beraterin aus Burgdorf) und

Frau Neumann (Leiterin der AWO Frauenberatungsstelle).

Anhand einer Präsentation (**siehe Anlage 1**) erläuterten **Frau Marquardt** und **Frau Neumann** ausführlich die Angebote der AWO Frauenberatungsstelle. Die Beratung von Frauen in schwierigen Lebenssituationen und Krisen erfolge in Lehrte, Burgdorf, Sehnde, Uetze und Hänigsen.

Jedes Beratungsgespräch sei vertraulich, kostenfrei und auch anonym möglich. Eine hohe Anzahl der Anlässe von Gesprächen resultiere aus psychischen Belastungen von Frauen aufgrund von Trennungen und Scheidungen. Damit verbunden sei auch die Angst vor der daraus entstehenden finanziellen Situation und der Wohnungssituation. In vielen Fällen seien auch Kinder mitbetroffen.

Es wurden die Gründe der innerhalb der letzten Jahre stark angestiegenen Beratungszahlen erläutert. In Burgdorf fanden im Jahr 2023 insgesamt 180 Beratungsgespräche statt.

Hervorgehoben wurde die innerhalb Burgdorfs vorhandene sehr gute Vernetzung mit dem städtischen Jugendamt und dem Jobcenter, der Beratungsstelle der Region Hannover für Kinder, Jugendliche und Eltern vor Ort, der Polizei und dem Amtsgericht. Auch die Gleichstellungsbeauftragte Frau Pape sei wichtige Ansprechpartnerin. Diese Vernetzung sei besonders bei der Behandlung von Hochrisikofällen von Vorteil.

Wichtig sei, dass betroffene Frauen einen zeitnahen Termin erhalten können. Dies sei normalerweise innerhalb einer Woche möglich, bei häuslicher Gewalt auch innerhalb von ein bis zwei Tagen.

Herr von Oettingen erfragte, ob die nachfragenden Frauen hauptsächlich aus beengten Wohnverhältnissen stammen würden.

Frau Marquardt erklärte, dass jede Altersgruppe vertreten sei und dies auch aus familiären Verhältnissen mit viel Wohnraum.

Frau Paul erkundigte sich, wie die angebotene Arbeit der AWO Frauenberatungsstelle finanziert werde.

Frau Neumann erklärte, dass Bund, Land und die Kommunen über die AWO verschiedene Zuschüsse leisten würden. Zudem seien freiwillige Spenden möglich.

Herr Dr. Vehling bedankte sich für die geleistete Arbeit und erfragte, wie lange Frauen üblicherweise begleitet werden und ob eine Erfolgsquote messbar sei.

Frau Marquardt erklärte, dass dies sehr individuell sei und mitunter mehrere Jahre andauere. Eine Frau benötige durchschnittlich 13 Jahre, um eine Trennung abzuschließen. Jede Frau entscheide letztlich selber für sich über Art und Dauer der gewünschten Begleitung.

Frau Paul fragte nach möglichen Gründen der steigenden Fallzahlen häuslicher Gewalt.

Frau Neumann vermutete, dass auch die Aufklärung durch vermehrt stattfindende Öffentlichkeitsarbeit dazu beitrage. Gewalt sei kein Tabuthema mehr. Auswirkungen seien jedoch auch durch die aktuellen Krisen und die

Pandemie denkbar.

Frau Meinig empfand die Unterstützung für die Frauen als gut und sinnvoll. Sie fragte nach möglichen kurzfristigen Maßnahmen bei einer festgestellten Gefährdungssituation.

Frau Neumann erläuterte daraufhin das Verfahren von Gewaltschutzanordnungen, einer Notrufschaltnummer bei der Polizei und der Aufnahme in ein Frauenhaus.

Frau Pape erläuterte die derzeitigen medialen Verbreitungsmöglichkeiten des Themas Gewalt gegen Frauen und des Begriffs des Femizides. Auch die Vielzahl kleiner Aktionen vor Ort seien wichtige Mittel der Prävention.

Auf Nachfrage von **Frau Paul** wurde die Möglichkeit der Anordnung von Fußfesseln erörtert.

Frau Birgin erfragte, ob sich auch Männer an die Beratungsstelle wenden würden.

Dies sei laut Frau **Marquard** nicht der Fall, derartige Fälle würden dann auch an ein Büro in Hannover verwiesen werden.

Frau Birgin bedankte sich herzlich für die ausführliche Vorstellung.

**6. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen
und Gemeinkosten für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV 2023 0667**

Siehe TOP 6.2.

**6.1. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen
und Gemeinkosten für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV 2023 0667/1**

Siehe TOP 6.2.

**6.2. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen
und Gemeinkosten für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV 2023 0667/2**

Herr Kugel erläuterte die Beschlussvorlage. In Abstimmung mit der Verwaltung habe durch den Nachbarschaftstreff eine erneute Überarbeitung des Antrages, insbesondere des Finanzierungsplanes, stattgefunden.

Herr Hinz erklärte, dass die SPD - Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Die Arbeit des Nachbarschaftstreffs sei wichtig und müsse fortgesetzt wer-

den. Die jetzt vorliegende Form des Antrages sei allerdings nicht die durch die neu erarbeiteten Vordrucke angestrebte Form.

Herr Dr. Vehling erklärte, dass die FDP - Fraktion die Arbeit des Nachbarschaftstreffs für gut und unterstützenswert erachte. Der gestellte Förderungsantrag sei auch durch die erfolgten Nachbesserungen bisher nicht ausreichend nachvollziehbar dargestellt. Daher würde sich die FDP - Fraktion heute enthalten.

Frau Thieleking erklärte, dass sich auch die CDU - Fraktion heute enthalten werde. Hier gehe es auch um Fairness gegenüber den weiteren antragstellenden Institutionen.

Herr Steinbeck - Behrens erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen dem Antrag zustimmen werde. Eine Hilfestellung beim Ausfüllen der Vordrucke sei jedoch in Zukunft für die beantragenden Institutionen sinnvoll.

Herr Dr. Vehling fügte an, dass eine mehrheitliche Zustimmung bei Abstimmung über den Antrag aus seiner Sicht rechtswidrig sei, da die Fördergrundsätze nicht eingehalten worden seien. Die rechtlichen Bedenken bittet er zu Protokoll zu nehmen und vor Abstimmung im Verwaltungsausschuss zu prüfen. Die Verwendung von Fördermitteln für einen bestimmten Zweck sei aus seiner Sicht nicht gewährleistet. Daher würde sich eine Umsetzung des Beschlusses verbieten.

Herr Hinz bat darum, bis zur Behandlung im Verwaltungsausschuss eine Klärung der rechtlichen Korrektheit eines Beschlusses zu prüfen.

Herr Kugel erklärte, dass heute nach abschließender Behandlung des Antrages keine Empfehlung abgegeben werden müsse. Die Beschlussfassung könne unter Voraussetzung der vorherigen rechtlichen Prüfung den weiteren Weg in den Verwaltungsausschuss gehen.

Frau Paul zeigte hierfür ihre Zustimmung.

Frau Gebbe ergänzte, dass die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung grundsätzlich für die Förderung des Nachbarschaftstreffs seien.

Frau Birgin erklärte abschließend, dass die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung keine Empfehlung zur Beschlussfassung abgeben.

7. Anfragen lt. Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

8. Anregungen an die Verwaltung

- a) **Herr von Oettingen** berichtete, dass Frau Oelschlägel-Rumpf in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung für den Seniorenrat eine Stellungnahme bezüglich

der fehlenden barrierefreien Gegebenheiten des Hauses „Uetzer Str. 95“ abgegeben habe. Die Bauordnung habe die notwendigen Maßnahmen einleiten wollen. Er bat um Mitteilung des aktuellen Bearbeitungsstandes.

Herr Kugel sagte eine Antwort über das Protokoll zu.

Antwort über das Protokoll:

Laut Bauordnungsabteilung wurde – wie in diesen Fällen üblich – ein verwaltungsrechtliches Verfahren eingeleitet. Diese Verfahren ziehen sich in der Regel über Monate hin, eine kurzfristige Lösung der Thematik sei selten zu erzielen. Ein rechtskräftiger Bescheid oder eine Lösung des Problems bleibe daher abzuwarten.

- b) Frau Baumgarten** berichtete von einem nach Fristende eingereichten Antrag der Fraktion Bündnis 90-Die Grünen / SPD. Dieser Antrag beschäftigte sich mit der Aufstellung sogenannter Plauderbänke in Burgdorf. Als Standorte seien der Spittaplatz und zwei Bereiche an der Marktstraße denkbar. Menschen können so schneller und unkomplizierter ins Gespräch kommen, besonders auch Senioren und vereinsamte Menschen. Der Antrag werde in Anbetracht des geringen Aufwandes als Anregung an die Verwaltung umfunktioniert.

Herr Bürgermeister Pollehn erklärte, die Anregung aufgenommen zu haben.

Einwohnerfragestunde

Ein Bürger bat um Zusendung des Protokolls des Auftaktworkshops zur Erstellung eines Integrationskonzeptes für die Stadt Burgdorf per EMail.

Her Borrmann sagte eine zeitnahe Versendung gerne zu.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführer